

Komitee "Nein zur Denner-Zweiklassen-Medizin"

Gegen die Abschaffung der sozialen Krankenversicherung

Geschäftsstelle "Nein zur Denner-Zweiklassen-Medizin"
Postfach 5835
3001 Bern

Tel 031 / 352 23 64

Fax 031 / 352 24 30

Denner-Initiative ist untauglich und unsozial

Das Komitee „Nein zur Denner-Zweiklassen-Medizin“ bekämpft die Volksinitiative „für tiefere Spitalkosten.“ Dem überparteilichen Komitee gehören 159 Parlamentarierinnen und Parlamentarier (Stand 23.10.2000) der CVP, FDP, Liberalen, SP und SVP an. An der Pressekonferenz vom Dienstag, 24. Oktober 2000, legten die Mitglieder des Co-Präsidiums, Nationalrat Franco Cavalli (SP/TI), Nationalrätin Christine Eggerszegi (FDP/AG) und Nationalrat Rudolf Joder (SVP/BE) die Gründe dar, die gegen die Denner-Initiative sprechen.

Die heutige obligatorische Grundversicherung bietet eine breite Abdeckung der Gesundheitskosten. So sind Arztbesuche, Spitalaufenthalte, ärztlich verschriebene Medikamente, Laboranalysen sowie gewisse Aufwendungen für Spitex und Pflegeheime grundsätzlich gedeckt. Gemäss Denner wären künftig lediglich stationäre Spitalaufenthalte im Leistungskatalog enthalten. Im Gegenzug verspricht Millionär Karl Schweri, dass die Krankenkassenprämie für Erwachsene pro Monat nur noch 60 Franken, für Jugendliche 25 Franken betrage würde.

In Tat und Wahrheit aber würde sich das Gegenteil einstellen: höhere Prämien, Kostenverschiebungen und höhere Steuern. Weil viele Bürgerinnen und Bürger eine private Zusatzversicherung abschliessen müssten, wird es zu einer Trennung von „guten“ und „schlechten“ Versicherungsrisiken kommen. Dies wird sich in sehr grossen Prämienunterschieden zwischen Gesunden und Kranken, Alten und Jungen niederschlagen. Die Prämie für die Spitalkostenversicherung wird für Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern, namentlich Kranke und ältere Menschen, ein Mehrfaches der irreführenden Denner-Versprechungen betragen. Vor allem Chronischkranke könnten sich kaum noch ausreichend versichern und wären auf die Sozialhilfe angewiesen.

Das Komitee „Nein zur Denner-Zweiklassen-Medizin“ wehrt sich vehement gegen die Abschaffung der sozialen Krankenversicherung. Die Denner-Initiative ist untauglich und unsozial. Deshalb am 26. November: Nein zur Volksinitiative „für tiefer Spitalkosten“.

Bern, 24. Oktober 2000

Paul Felber, Pressechef CVP
Tel. 079 467 24 43

Komitee "Nein zur Denner-Zweiklassen-Medizin"

Gegen die Abschaffung der sozialen Krankenversicherung

Geschäftsstelle "Nein zur Denner-Zweiklassen-Medizin"
Postfach 5835
3001 Bern

Tel 031 / 352 23 64
Fax 031 / 352 24 30

Pressekonferenz vom 24.10.2000

Ein JA hätte untragbare Auswirkungen für die Patienten

Christine Egerzsegi-Obrist, Nationalrätin, Mellingen

Die Denner-Initiative will unsere Krankenversicherung total umkrempeln. Mein Kanton hat damals die Vorlage abgelehnt. Auch ich war skeptisch, - muss aber heute sagen, die damalige Lösung war kein Haar besser. Das KVG hat die Kosten noch nicht im Griff, aber die Verbesserungen für die Versicherten bei Chronischer Krankheit, bei Mutterschaft, im Pflegeheim und der Betreuung durch die Spitex können nicht einfach ausradiert werden. Das gäbe untragbare Folgen für die Patienten.

Mit einer Annahme der Denner-Initiative würde der obligatorische Versicherungsschutz für alle ambulante Leistungen entfallen. Betroffen wären neben den SPITEX- und Pflegeleistungen auch die gesamte Behandlung in den Arztpraxen. Physiotherapien und Chiropraktik, aber auch Medikamente und Analysen müssten ausschliesslich über Privatversicherungen versichert werden. Folgende Kosten wären nicht mehr durch die obligatorische Spitalversicherung gedeckt:

- ◆ ambulante und teilstationäre Kosten in Spitälern (z.B. ambulante Operation des grauen Stars, Dialyse)
- ◆ Pflegekosten für Personen im Pflegeheim sowie zu Hause (SPITEX)
- ◆ Kosten für Hilfsmittel, die an die Patienten abgegeben werden (z.B. Krücken, Inhalationsgeräte, Brillen und Kontaktlinsen)
- ◆ ärztlich angeordnete Leistungen der Physiotherapie und Chiropraktik, etc.
- ◆ Bestimmte Krebsbehandlungen (medikamentöse und Strahlentherapie)

- ◆ Leistungen der Gynäkologie und bei Mutterschaft (mit Ausnahme des Spitalaufenthaltes zur Geburt)
- ◆ Alternative Heilmethoden

Das zeigen folgende Beispiele für ambulante Behandlungen zu Lasten der Patienten

***Herr F.** (59) erleidet einen leichteren **Herzinfarkt** und wird im Regionalspital behandelt. Es ist kein Aufenthalt in einer Rehabilitationsklinik notwendig, aber eine ambulante Rehabilitation soll mit einem Aufbautraining einen Rückfall verhindern. Ausserdem ist eine medikamentöse Cholesterinsenkung notwendig.*

*Bei **Frau M.** (70) wurde vor 10 Jahren **Diabetes** festgestellt, seit 4 Jahren ist sie auf Insulin angewiesen. Mit Insulin, dem Injektionsgerät, dem Messgerät für die Blutzuckermessungen zu Hause, der wöchentlichen Blutzucker-Selbstmessung), die 4-6 wöchentlichen Kontrollen bei ihrem Hausarzt (inkl. Laborkontrollen) verursacht alles Kosten in der Grössenordnung von Fr. 2'500.– pro Jahr. Frau M. hat aber als einzige Einnahmequelle die AHV-Rente und keine Pensionskasse.*

***Herr G. ist 72jährig** und leidet seit 8 Jahren an **Alzheimer**. Er wird zu Hause von seiner Frau betreut, in letzter Zeit praktisch rund um die Uhr. Ein Übertritt in eine Pflegeeinrichtung ist dringend notwendig. Die Kosten belaufen sich auf rund Fr. 4'500.– pro Monat, die Krankenkasse übernimmt heute die Pflegekosten im engeren Sinn (rund Fr. 2'100.– pro Monat).*

***Frau X. ist 52jährig**, muss 2 x wöchentlich zur **Dialyse**. Wegen Organmangels kam es noch nicht zu einer Nierentransplantation. Die Kosten der Dialyse von Fr. 80'000.– pro Jahr kann sie nicht übernehmen.*

Heute werden diese Leistungen von den Kassen bezahlt. Natürlich könnte man eine private Versicherung abschliessen, ab die Versicherer könnten Versicherte mit vorbestehenden Krankheiten oder solche, die ein bestimmtes Alter überschritten haben, abweisen oder Vorbehalte anbringen. Es kann davon ausgegangen werden, dass Personen mit chronischen Krankheiten und in bescheidenen finanziellen Verhältnissen wegen der Vorbehalte oder der horrenden Prämien sich nicht versichern könnten.

- ***Alle die genannten Personen könnten wegen ihrer Krankheiten und/oder ihres Alters keine Zusatzversicherung zu einem erschwinglichen Preis abschliessen.***

Wir stehen zu den notwendigen Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung und lehnen die Spitalinitiative mit Überzeugung ab.